



Zusatzmaterialien

1. Historische Hypothesen der SED-Diktatur

M1

Enteignung des Großgrundbesitzes

Ein Gutsbesitzer aus Mecklenburg berichtet über die Umstände seiner Enteignung und Ausweisung, nachdem er 1945 unmittelbar nach Kriegsende bereits aus seinem Wohnhaus vertrieben worden war:

Am 24. Juli siedelten meine Frau und ich wieder in unser Gut über, wo wir uns im Inspektorhaus mit den Resten unserer Möbel zwei Zimmer einrichteten. Die Feldarbeiten wurden unregelmäßig, wochenlang überhaupt nicht verrichtet, Pferde und totes Inventar fast restlos gestohlen. Da die Bergung der Ernte auf das höchste gefährdet war, wurde mir am 14. August vom Landrat unter den allerschwierigsten Verhältnissen wieder die Bewirtschaftung übertragen. In einer kommunistischen Versammlung im Saale des Gutshauses hielt der Beauftragte der KPD aus P. eine Rede, die mit folgenden denkwürdigen Worten begann: "Seit der Zeit des Großen Kurfürsten sind die Gutsbesitzer sämtlich Kriegsverbrecher. Daher haben wir ihnen die Güter entschädigungslos enteignet." Nachdem mir noch am 28. September eine Anerkennung wegen Bergung der Ernte ausgesprochen war, erhielt ich am 29. September den Befehl, mein Gut bis zum Abend zu verlassen. Wir gingen zunächst nach dem nahen G. zu befreundeten Bauern, wurden aber bereits nach wenigen Tagen gezwungen, innerhalb 2 Stunden den Ort zu verlassen. Wir fuhren dann nach Schwerin, wo wir in dem der Familie meiner Frau gehörenden Haus Unterkunft fanden. Am Dienstag, den 13. November, erhielten wir aus zuverlässiger Quelle Nachricht von unserer vor Ende der Woche geplanten Verhaftung und Deportation. Am 14. November verließen wir heimlich Schwerin und trafen nach unendlichen Schwierigkeiten und Anstrengungen am 29. November in der Westzone ein. Unsere ganze Habe bestand aus je einem Rucksack.

Zitiert nach: Ilse Spittmann und Gisela Helwig (Hrsg.), DDR Lesebuch. Von der SBZ zur DDR 1945-1949, Köln 1989, S. 156

M2

„Wenn wir eine Regierung gründen, geben wir sie niemals wieder auf ...“

Die DDR soll gemäß der Verfassung von 1949 eine parlamentarische Republik mit Mehrparteiensystem und Verhältniswahlrecht sein. Doch die Führung der SED beschließt in Übereinstimmung mit der Sowjetunion, ihr Herrschaftsmonopol unangreifbar zu machen. Das folgende Sitzungsprotokoll des Parteivorstandes (später Politbüro) der SED vom 4. Oktober 1949 wird erst nach 1989 zugänglich:

Gerhart Eisler¹⁾ (Berlin): (empfiehlt die Durchführung einer gewaltigen Kundgebung anlässlich der Bildung einer provisorischen Regierung).

So wird sich die provisorische Regierung weithin sichtbar in der ganzen Zone von vornherein auf eine ständig anschwellende Bewegung der Massen stützen. Das sollten wir diskutieren und dann durchführen; denn als Marxisten müssen wir wissen: Wenn wir eine Regierung gründen, geben wir sie niemals wieder auf, weder durch Wahlen noch andere Methoden.

(Walter Ulbricht: Das haben einige noch nicht verstanden!) – Daher müssen wir ihnen zeigen, dass die Massen bei uns sind, wenn wir eine Regierung bilden, jene Massen, die wollen dass sie an der Regierung sind, und die sehr ungehalten gegen jene Leute sind, die das verhindern wollen. (Beifall)

Siegfried Suckut, Die Entscheidung zur Gründung der DDR, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 39. Jahrgang 1991, Heft 1, S. 161

1) Gerhart Eisler (1897-1968): Propagandachef der SED-Führung

M3

Der 17. Juni – geheimer Stimmungsbericht und offizielle Lesart

Die wiedergegebenen Auszüge aus Protokollen des SED-Bezirks Rostock geben ein ungeschminktes Bild der Lage im Sommer 1953.

Protokoll der SED-Grundorganisation VEB Neptun-Werft vom 17. Juni 1953:

Wir müssen jetzt in der Erreichung des Sozialismus kürzer treten. Letzten Endes ist für die Massen in der augenblicklichen Situation die Kardinalfrage die Magenfrage [...]. Auch die Angst, nachts abgeholt zu werden, wenn man etwas sagt, muss verschwinden [...]. Die Kollegen im Betrieb fordern die Absetzung der Regierung und dass die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden und nicht nur Selbstkritik üben.

Hausmitteilung der SED-Bezirksleitung Rostock vom 18. Juni 1953:

Der Genosse Schmidt, 1. Kreissekretär der Vdgb¹⁾ im Kreis Rosenstock [...] wurde in einem Referat laufend von den Großbauern unterbrochen, sodass er kaum zwei Sätze zu Ende sprechen konnte, indem sie schrien: „Euch müsste man alle aufhängen und totschiagen, besonders aber auch die Regierung, die alle Verbrecher sind.“

Informationsbericht der SED-Kreisleitung Rostock vom 19. Juni 1953:

Anonymer Brief an den Rat der Stadt Rostock vom 19. Juni: „An den Bürgermeister und alle Bonzen der SED. Ihr Verbrecher, bald ist Euer Tag gekommen. Wir Arbeiter haben das Signal gegeben. Alle werden wir Euch hängen. Ihr Lumpen, Strolche, Russenknechte, Speichellecker, Abschaum der Menschheit, wir verlangen unsere Freiheit. Acht Jahre habt Ihr uns hungern lassen. Ihr seid die Pest am deutschen Volke. Mit Euren Lügen und leeren Versprechungen ist es aus. Adenauer wollen wir haben, keinen anderen, einen Menschen mit Verstand.“

Situationsbericht der SED-Kreisleitung Rostock vom 20. Juni 1953:

Erklärung der CDU Rostock-Stadt: „Wir erklären hiermit, dass unser Vorstand der CDU im Bezirk Rostock heute Abend, den 19.6.1953, abgesetzt wurde. Ab heute Abend übernehmen drei Leute von der CDU die neue Leitung. Wir fordern die gesamte Arbeiterschaft auf, ihre Forderungen weiterhin zu verfolgen. Als Mitglieder der CDU fordern wir den Rücktritt von Otto Grotewohl und Walter Ulbricht. Wir wünschen den Arbeitern viel Erfolg und fordern sie auf, bei den gesamtdeutschen Wahlen für die CDU zu stimmen.“

Der Spiegel Nr. 24, 1993, S. 68

Ulbrichts offizielle „Analyse“ vor dem IV. Parteitag der SED wird zum Dogma erhoben und gilt bis 1989.

Die junge Staatsmacht der Arbeiter und Bauern hat im vorigen Jahr, als die faschistischen Provokateure ihren Putsch organisierten, ihre Festigkeit gezeigt. Auf die Frage westdeutscher Werktätiger, was am 17. Juni 1953 war, möchte ich klar antworten: Die Vertreter der amerikanischen Besatzungsmacht und aggressive Kräfte in Bonn hatten schon seit langer Zeit offen die Losung der Eroberung der Deutschen Demokratischen Republik ausgegeben.

Ilse Spittmann/Gisela Helwig (Hrsg.), DDR-Lesebuch. Stalinisierung 1949-1955, Köln 1991, S. 256

1) Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe

M4

Hintermänner des Aufstandes von 1953 sind nicht zu finden

Ernst Wollweber, von 1953 bis 1957 Minister für Staatssicherheit in der DDR, muss Walter Ulbricht gegenüber eingestehen, dass der Geheimdienst keine westlichen Drahtzieher ausfindig machen konnte.

In einem Politbürobeschluss vom 23. September 1953 wurde die Kritik am Versagen des Staatssicherheitsdienstes noch einmal bekräftigt durch die Feststellung:

„Die Juni-Ereignisse in der DDR deckten große Mängel in der Arbeit der Organe der Staatssicherheit auf. Trotz der vorhandenen großen Anzahl operativer Mitarbeiter erwiesen sich die Organe des MfS der DDR nicht fähig, die Vorbereitung des faschistischen Putsches in Berlin und anderen Städten und Industriezentren der DDR aufzudecken, sie gaben nicht ein einziges Signal über die Vorbereitung der Provokationen.

Trotzdem [sic!] schon drei Monate seit den Ereignissen des 17. Juni vergangen sind, haben die Staatssicherheitsorgane auch bis jetzt nicht die Organisatoren der Provokationen entlarvt.“

Knapp zwei Monate später hatte Ernst Wollweber auf einer Dienstkonferenz des Staatssekretariats für Staatssicherheit am 11./12. November 1953 intern zerknirscht eingestehen, dass man keinen Schritt weitergekommen war:

„Hier müssen wir feststellen, dass es uns bis jetzt noch nicht gelungen ist, nach dem Auftrag des Politbüros die Hintermänner und die Organisatoren des Putsches vom 17. Juni festzustellen. Es ist uns bislang nicht gelungen, diesen Auftrag zu erfüllen.“

Karl Wilhelm Fricke und Roger Engelmann, Der „Tag X“ und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat, Bremen 2003, S. 27 f.

M5

Freie Wahlen?

Am 15. Juni 1957 gibt das Politbüro der SED eine geheime Anweisung zur Gültigkeit der Stimmzettel bei Kommunalwahlen heraus. Auch für alle übrigen Wahlen gelten entsprechende Kriterien. Die Endergebnisse werden außerdem in aller Regel nach den Vorgaben der SED-Führung geschönt. Die Bevölkerung ahnt die Zusammenhänge zumindest; wenn sie ihrer Wahlpflicht nachgehen muss, spricht der Volksmund von „falten gehen“.

Für die Auszählung der Stimmzettel soll folgende Instruktion *mündlich* an die Wahlvorsteher gegeben werden:

1. Die Abstimmung über den Wahlvorschlag der Nationalen Front geschieht durch Einwerfen des amtlichen Stimmzettels in die Wahlurne.

Weist der Stimmzettel weder Veränderungen noch Zusätze auf, so ist damit der Stimmzettel gültig und zugleich eine Entscheidung für den Wahlvorschlag der Nationalen Front.

2. Der Stimmzettel ist gültig und gilt als für den Wahlvorschlag der Nationalen Front abgegeben, wenn folgende Änderungen vorgenommen wurden:

a) wenn Kandidaten und Nachfolgekandidaten auf dem Stimmzettel gestrichen sind;

b) wenn auf dem Stimmzettel Zustimmungserklärungen für die Kandidaten und Nachfolgekandidaten enthalten sind, wie ja, einverstanden, Frieden u. ä.;

c) wenn sich ein Kreuz hinter dem Namen eines Kandidaten oder Nachfolgekandidaten befindet oder die Namen einzelner Kandidaten oder Nachfolgekandidaten einzeln unterstrichen sind.

3. Als ungültig sind Stimmzettel anzusehen, die

a) nicht amtlich hergestellt sind;

b) die die Aufschrift „ungültig“ enthalten;

c) die staatsfeindliche Äußerungen enthalten.

4. Als Stimmen *gegen* den Vorschlag der Nationalen Front sind zu betrachten:

a) Stimmzettel, auf denen alle Kandidaten und Nachfolgekandidaten einzeln gestrichen sind;

b) Stimmzettel, auf denen ein Kreuz quer über den gesamten Stimmzettel angebracht ist;

c) Stimmzettel, auf denen Äußerungen des Wählers aufgezeichnet sind, die seine Gegenstimme klar zum Ausdruck bringen.

5. Die Veröffentlichung der Wahlergebnisse nach der Auszählung in Presse und Rundfunk erfolgt nur auf besondere Anweisung des Wahlleiters der Republik oder seines Stellvertreters.

Matthias Judt (Hrsg.), DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse, Berlin 1998, S. 67 f.

M6

„... muss bei Grenzdurchbruchversuchen von der Schusswaffe rücksichtslos Gebrauch gemacht werden ...“

Auf der 45. Sitzung des Nationalen Verteidigungsrates der DDR am 3. Mai 1974 berichtet der stellvertretende Verteidigungsminister Kessler über die „Lage an der Staatsgrenze“ zur Bundesrepublik. Erich Honecker formuliert daraufhin seine Anweisungen für die Maßnahmen zur „Grenzsicherung“. Das Protokoll dieser Sitzung, von Honecker eigenhändig unterschrieben, wird als „Geheime Kommandosache“ eingestuft und erst 1990 bekannt.

In der Aussprache [...] legte Genosse Erich Honecker folgende Gesichtspunkte dar:

- die Unverletzlichkeit der Grenzen der DDR bleibt nach wie vor eine wichtige politische Frage;
- es müssen nach Möglichkeit alle Provokationen an der Staatsgrenze verhindert werden;
- es muss angestrebt werden, dass Grenzdurchbrüche überhaupt nicht zugelassen werden;
- jeder Grenzdurchbruch bringt politischen Schaden für die DDR;
- die Grenzsicherungsanlagen müssen so angelegt werden, dass sie dem Ansehen der DDR nicht schaden; dies trifft insbesondere für einige Abschnitte der Mauer in Berlin zu;
- der pioniermäßige Ausbau der Staatsgrenze muss weiter fortgesetzt werden;
- in Berlin sollte man die alte Mauer stehen lassen und dort wo notwendig, dahinter eine neue bauen; erst wenn der Neubau fertig ist, sollte man die alte Mauer abreißen;
- überall muss ein einwandfreies Schussfeld gewährleistet werden;
- die Unantastbarkeit der Grenze ist durch ein gemeinsames Zusammenwirken der Sicherheitsorgane zu gewährleisten;
- man muss alle Mittel und Methoden nutzen, um keinen Grenzdurchbruch zuzulassen und die Provokationen von West-Berlin aus zu verhindern;
- nach wie vor muss bei Grenzdurchbruchversuchen von der Schusswaffen rücksichtslos Gebrauch gemacht werden, und es sind die Genossen, die die Schusswaffe erfolgreich angewandt haben, zu belobigen;
- an den jetzigen Bestimmungen wird sich diesbezüglich weder heute noch in Zukunft etwas ändern.

In diesem Zusammenhang stellte Genosse Erich Honecker dem Genossen Generalleutnant Peter¹⁾ die Frage, wie viel Mittel für den weiteren pioniermäßigen Ausbau noch benötigt werden und ob es möglich sei, die sogenannten „Todesminen“ zu überwinden.

Genosse Generalleutnant Peter gab zur Antwort, dass ihm die genaue Summe für den weiteren pioniermäßigen Ausbau zurzeit nicht vorliege, aber 1 km Ausbau der Staatsgrenze mit der neuen Splittermine SM-70 koste annähernd 100.000,- Mark.

Werner Filmer/Heribert Schwan, Opfer der Mauer. Die geheimen Protokolle des Todes, München 1991, S. 393 f.

1) der damalige Kommandeur der Grenztruppen

M7

Ein Grenzsoldat verweigert den Schießbefehl

Ein 1944 geborener ehemaliger DDR-Grenzsoldat gibt am 14. April 1975 in der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter gegenüber der westdeutschen Staatsanwaltschaft zu Protokoll:

1962 habe ich mich freiwillig zur NVA gemeldet [...]. Nach zwei Jahren Dienstzeit war ich Unterleutnant und wurde 1964 an der Zonengrenze zur Bewachung eingesetzt [...]. Am 24.05.1964 war ich zusammen mit dem Hauptmann N. in dem Grenzbereich Friedrichroda/Heuberg zur Bewachung der Zonengrenze eingesetzt, als wir gegen 22.00 Uhr eine männliche Person bemerkten, die von der DDR aus in die Bundesrepublik flüchten wollte. Nachdem ich den Flüchtenden angerufen hatte [...], erhielt ich von Hauptmann N. den dienstlichen Befehl, auf den Flüchtenden zu schießen. Ich habe diesen Befehl verweigert, worauf Hauptmann N. mit der Pistole auf den Flüchtenden drei Schüsse abgab, wovon offensichtlich einer den Flüchtenden ins Bein getroffen hat. Der Flüchtende blieb auf dem sogenannten Todesstreifen vor dem Grenzzaun liegen und wurde etwa 10 Minuten später von zwei anderen NVA-Angehörigen zurückgezogen und [...] ins Krankenhaus gebracht. Ich wurde noch an Ort und Stelle von Hauptmann N. dienstenthoben, und er nahm mir meine Waffe und das Soldbuch ab. Man brachte mich nach Friedrichroda, wo ich etwa 4 Stunden später von drei MfS-Angehörigen in Empfang genommen wurde. Man brachte mich nach Löbau in die Militär-U-Haftanstalt. Ich wurde dort einem Militärrichter vorgeführt, der gegen mich Haftbefehl erließ. Ich blieb drei Tage in Löbau und wurde von vier MfS-Angehörigen und anschließend von einem Staatsanwalt vernommen. Ich wurde korrekt behandelt. Am vierten Tage fand gegen mich vor einem Militäröbergericht, das von Berlin nach Löbau gekommen war, die Verhandlung statt. Ich war alleiniger Angeklagter, die Gerichtsbeteiligten sind mir nicht bekannt. Als Verteidiger hatte ich einen Major aus meiner Einheit. Vom Gericht wurde ich zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt und kam gleich nach der Verhandlung nach Bautzen II.

Hans-Jürgen Grasemann, „Grenzverletzer sind zu vernichten!“ Tötungsdelikte an der innerdeutschen Grenze, in: Jürgen Weber/Michael Piazzolo (Hrsg.), Eine Diktatur vor Gericht. Aufarbeitung von SED-Unrecht durch die Justiz, München 1995, S. 74

M8

Tod im Minenfeld

Am 11. März 1966 erleidet der 18-jährige Klaus-Gerd Schaper tödliche Verletzungen, als er beim Fluchtversuch nach Westdeutschland auf eine Mine tritt. Die Mutter des Jugendlichen wird zum Schweigen verpflichtet. Erst 1990 kann sie öffentlich über den Tod ihres Sohnes sprechen:

Unser Sohn ging am Morgen des 10. März 1966 wie immer zur Arbeit. Er hatte eine Stelle als Rundfunkmechaniker. Von da aus muss er zur Grenze gegangen sein nach Elend. Mehr wussten wir auch nicht. Wir machten uns sehr große Sorgen und wachten die Nacht durch, weil wir uns nicht vorstellen konnten, wo er war.

Am nächsten Morgen kam die Polizei und sagte uns, er wäre auf eine Mine gelaufen und tot. Dann brachten sie uns nach Wernigerode zur Stasi. Sie wollten wissen, ob wir Verbindungen nach drüben haben. Da ich von Braunschweig stamme, blieb das ja nicht aus. Sie waren erst höflich und wurden dann immer schnodderiger. Ob wir viel West-Fernsehen sähen, wollten sie wissen. Sie konnten nichts weiter erfahren und brachten uns wieder nach Hause. Wir wurden dann noch zweimal von der Arbeit geholt und immer wieder dasselbe gefragt. Dann fehlte der Ausweis, darüber waren sie ganz wütend. Sie wollten wissen, was sie ins Protokoll schreiben sollten, warum er gegangen sei, ohne Rücksicht auf unseren Kummer. Ich sollte mich nicht so anstellen, er hätte ja nicht zur Grenze zu gehen brauchen.

Dann brachten Sie unseren Sohn nach Wernigerode in die Leichenhalle des Krankenhauses. Dort lag er auf dem Fußboden, zugedeckt. Ich sollte mitkommen und ihn ansehen, ob es Klaus Schaper ist. Ich durfte nicht nahe heran, sie hielten mich fest, warum, weiß ich nicht! [...] Wir durften nicht unseren Sarg nehmen, denn sie hatten ihn schon in einen Zinksarg gelegt, den wir nicht mehr öffnen durften für ein paar Blumen. Auch bei der Beerdigung waren Polizisten zur Stelle. Weiter kann ich nichts berichten. Ich werde dies alles nie vergessen. Auch meine beiden anderen Kinder mussten darunter leiden. Mein Sohn musste bei der Hochseeflotte sofort aufhören, und die Tochter durfte nicht studieren.

Werner Filmer und Heribert Schwan, Opfer der Mauer. Die geheimen Protokolle des Todes, München 1991, S. 205 f.

2. Die Krise der 1980er-Jahre

M1

Die Stalin-Note vom 10. März 1952

Die Sowjetregierung unterbreitet mit diesem diplomatischen Schriftstück (Note) den drei Westmächten den Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland.

Politische Leitsätze

1. Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt. Damit wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gemacht, und das geeinte Deutschland gewinnt die Möglichkeit, sich als unabhängiger, demokratischer, friedliebender Staat zu entwickeln.
2. Sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte müssen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen werden. Gleichzeitig werden sämtliche ausländische Militärstützpunkte auf dem Territorium Deutschlands liquidiert.
3. Dem deutschen Volk müssen die demokratischen Rechte gewährleistet sein, [...] einschließlich der Redefreiheit, der Pressefreiheit, des Rechts der freien Religionsausübung, der Freiheit der politischen Überzeugung und der Versammlungsfreiheit.
4. In Deutschland muss den demokratischen Parteien und Organisationen freie Betätigung gewährleistet sein [...].
5. Auf dem Territorium Deutschlands dürfen Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind, nicht bestehen.
6. Allen ehemaligen Angehörigen der deutschen Armee, einschließlich der Offiziere und Generale, allen ehemaligen Nazis, mit Ausnahme derer, die nach Gerichtsurteil eine Strafe für von ihnen begangene Verbrechen verbüßen, müssen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte wie alle anderen deutschen Bürgern gewährt werden zur Teilnahme am Aufbau eines friedliebenden, demokratischen Deutschland.
7. Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.

Das Territorium

Das Territorium Deutschlands ist durch die Grenzen bestimmt, die durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz der Großmächte festgelegt wurden. [...]

Militärische Leitsätze

1. Es wird Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu besitzen, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind.
2. Deutschland wird die Erzeugung von Kriegsmaterial und -ausrüstung gestattet werden, deren Menge oder Typen nicht über die Grenzen dessen hinausgehen dürfen, was für die Streitkräfte erforderlich ist, die für Deutschland durch den Friedensvertrag festgesetzt sind.

Helmut Krause und Karlheinz Reif (Bearb.), Die Welt seit 1945 (Geschichte in Quellen), München 1980, S. 391 f.

M2

Die Stalin-Note aus heutiger Sicht

Der Historiker Peter Ruggenthaler kommt 2007 nach der Auswertung von bisher nicht zugänglichen sowjetischen Akten, darunter auch Berichten des sowjetischen Geheimdienstes, zu folgendem Ergebnis:

Mit der Planung der Stalin-Note wurde über ein Jahr zuvor begonnen. Am 14. Februar 1951 berichteten der Chef der Sowjetischen Kontrollkommission, General Čujkov, und sein politischer Berater Vladimir Semenov, nach Moskau, Walter Ulbricht gehe von der planvollen Realisierung der Remilitarisierung Westdeutschlands durch die Amerikaner aus. Daraufhin empfahl Außenminister Andrej Vyšinskij dem im Politbüro für die Außenpolitik zuständigen Vjačeslav Molotov, die Bewegung der deutschen Neutralisten im Interesse der UdSSR zu nutzen, „weil sie die Verwirklichung der anglo-amerikanischen Pläne der Remilitarisierung Deutschlands erschwert“. Walter Ulbricht, so Vyšinskij, habe vorgeschlagen, die SED sollte nicht gegen die Befürworter einer Neutralisierung Deutschlands auftreten, „sondern versuchen, [...] mit ihnen einen gemeinsamen Kampf gegen die Remilitarisierung und gegen die Einbeziehung Westdeutschlands in das Nordatlantikbündnis zu organisieren“. Ulbricht, so Vyšinskij weiter, denke, „dass die Sowjetunion selbst in der einen oder anderen Form einen Vorschlag über die Neutralisierung Deutschlands mit dem Ziel der Entlarvung der amerikanischen Kriegshetzer“ einbringen sollte. Vyšinskij kam in seiner Analyse zu dem Schluss, dass die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs auf jeden Fall gegen eine Neutralisierung Deutschlands wären. Nunmehr beriet sich die SED-Führung mit Čujkov und Semenov über die weitere Vorgehensweise. Am 24. Februar 1951 empfahl Vyšinskij's Stellvertreter, Andrej Gromyko, schließlich Stalin, die mit der SED-Führung abgesprochene Vorgehensweise, sich an die Bonner Regierung und die vier Mächte zum Zwecke des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland zu wenden, um die Wiederbewaffnung Westdeutschlands zu erschweren, umzusetzen. Der Vorschlag wurde angenommen.

Es zeigt sich, dass wohl Walter Ulbricht die eigentliche „geistige Vaterschaft“ der Stalin-Note, das heißt, jener deutschlandpolitischen Strategie, der sich der Kreml 1951/52 bediente, zuzuschreiben ist. Ulbricht war klar, dass sich Washington von der „Remilitarisierung“ Westdeutschlands nicht abbringen ließ, und dies nutzte er zur Konsolidierung seiner eigenen Macht. Anfang März 1952 war schließlich der ideale Zeitpunkt gekommen, um den Höhepunkt in der ein Jahr zuvor eingeschlagenen Strategie zu setzen. Der stellvertretende Außenminister, Andrej Gromyko, empfahl Stalin, mit dem Neutralisierungsangebot für Deutschland würde die Sowjetunion „die Lage der drei Mächte und der Bonner Regierung noch mehr verkomplizieren“. Zudem sollte man, so Gromyko, der absehbaren Unterzeichnung des Generalvertrages, des separaten „Friedensvertrages“ der Westmächte mit Westdeutschland, zuvorkommen.

Peter Ruggenthaler (Hrsg.), Stalins großer Bluff. Die Geschichte der Stalin-Note in Dokumenten der sowjetischen Führung, München 2007, S. 14 ff.

M3

Neue Deutschlandpolitik und die Reaktion der DDR

In seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 legt der neue Kanzler der sozial-liberalen Koalition, Willy Brandt, seine deutschlandpolitischen Ziele dar:

Diese Regierung geht davon aus, dass die Fragen, die sich für das deutsche Volk aus dem Zweiten Weltkrieg und aus dem nationalen Verrat durch das Hitlerregime ergeben haben, abschließend nur in einer europäischen Friedensordnung beantwortet werden können. Niemand kann uns jedoch ausreden, dass die Deutschen ein Recht auf Selbstbestimmung haben, wie alle anderen Völker auch. Aufgabe der praktischen Politik in den jetzt vor uns liegenden Jahren ist es, die Einheit der Nation dadurch zu wahren, dass das Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands aus der gegenwärtigen Verkrampfung gelöst wird. Die Deutschen sind nicht nur durch ihre Sprache und ihre Geschichte – mit ihrem Glanz und ihrem Elend – verbunden; wir sind alle in Deutschland zu Haus. Wir haben auch noch gemeinsame Aufgaben und gemeinsame Verantwortung: für den Frieden unter uns und in Europa.

20 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR müssen wir ein weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation verhindern, also versuchen, über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen. Dies ist nicht nur ein deutsches Interesse, denn es hat seine Bedeutung auch für den Frieden in Europa und für das Ost-West-Verhältnis. [...]

Die Bundesregierung setzt die im Dezember 1966 durch Bundeskanzler Kiesinger¹⁾ und seine Regierung eingeleitete Politik fort und bietet dem Ministerrat der DDR erneut Verhandlungen beiderseits ohne Diskriminierung auf der Ebene der Regierungen an, die zu vertraglich vereinbarter Zusammenarbeit führen sollen. Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung kann nicht in Betracht kommen. Auch wenn zwei deutsche Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland; ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein.

SED-Parteichef Walter Ulbricht reagiert darauf in seiner Rede vor dem 12. Plenum des Zentralkomitees der SED am 12. Dezember 1969:

Der neue westdeutsche Bundeskanzler, Herr Brandt, hat [...] in seiner Regierungserklärung und in anderen öffentlichen Verlautbarungen von der Tatsache der staatlichen Existenz der DDR Kenntnis genommen. Über die 20-jährige Verspätung wollen wir hier nicht reden. Zur Genugtuung ist noch kein Anlass. Schließlich müssen wir noch die Taten abwarten. Dabei dürfte Klarheit darüber herrschen, dass der Verzicht auf jegliche Art von Alleinvertretungsanmaßung die Voraussetzung für die Normalisierung der Beziehungen Westdeutschlands zur DDR ist. Herr Brandt hat weiterhin Verhandlungen über vertraglich geregelte Beziehungen zwischen der westdeutschen Bundesrepublik und der DDR auf der Grundlage der Gleichberechtigung und unter Ausschluss jeglicher Diskriminierung angeboten. Er sprach von der Notwendigkeit eines Versuchs, über ein geregeltes

1) Kurt Georg Kiesinger (1904-1988): 1958-66 Ministerpräsident Baden-Württembergs, 1966 Kanzler der ersten Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD. Nach Brandts Wahlsieg musste er 1969 zurücktreten.

Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen. Gleichzeitig erklärte er jedoch – ich zitiere aus der Regierungserklärung: „Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik kann nicht in Betracht kommen. Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland. Ihre Beziehungen zueinander können nur besonderer Art sein.“ Schade, wirklich sehr schade! Diese Sätze – sollten sie wirklich zur Regierungsdoktrin der neuen westdeutschen Koalitionsregierung werden – würden alles wieder kaputt machen, was in dem Vorhergesagten an Positivem enthalten sein könnte. [...] Die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und Verträge zwischen ihnen haben der Natur der Sache nach völkerrechtlichen Charakter. Bonn aber möchte als vollberechtigter Staat sozusagen mit einer minderberechtigten, unter seiner Vormundschaft stehenden und Bonn gegenüber zu besonderem Wohlverhalten verpflichteten DDR verhandeln. Mit dem Grundsatz der Gleichberechtigung und der Nichtdiskriminierung ist das absolut unvereinbar.

Erster Text: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 132, 29. 10. 1969, S. 1121-1128; zweiter Text: Archiv der Gegenwart, 27. 12. 1969, S. 15160

M4

Nachteile bewusst in Kauf genommen

Nur etwa ein bis zwei Prozent der Einwohner der DDR sind für die Geheimpolizei als Inoffizielle Mitarbeiter tätig gewesen. Viel mehr sind für eine Mitarbeit angeworben worden, haben aber das Ansinnen des MfS abgelehnt. In den 1950er-/60er-Jahren scheitern von vier Anwerbeversuchen des MfS drei, während sich die Quote später umkehrt. Hier ein Beispiel aus dem Jahr 1985:

Peter Sommerfeld war NSW-Reisekader. NSW war in der DDR die Abkürzung für „nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet“. Gemeint waren die Länder, in denen im Unterschied zur Planwirtschaft die Marktwirtschaft herrschte, also die Bundesrepublik, Frankreich, die USA, Japan usw. Ein Reisekader war eine Person, die aufgrund ihrer beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten zu Wirtschaftsverhandlungen ins Ausland reisen durfte. Bevor der Reisekader jedoch die sonst für normale DDR-Bürger geschlossene Grenze überqueren konnte, was für ihn auch mit gewissen finanziellen Vorteilen verbunden war, wurde seine politische Zuverlässigkeit überprüft.

Bei Peter Sommerfeld waren alle Voraussetzungen vorhanden.

„S. ist parteilos. Er wird jedoch innerhalb seines Arbeitskollektivs als ein Kollege mit einer positiven Einstellung zu unserem Staat [...] eingeschätzt. Er hat einen offenen und ehrlichen Charakter. Seine Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit werden als gut bezeichnet. S. hat an seiner Arbeitsstelle sowie im Wohngebiet einen guten Leumund. Er ist verheiratet. Seine Familienverhältnisse sind geordnet. [...] Negative Hinweise liegen dem MfS sowie bei der VP¹⁾ nicht vor.“
(Quelle: BStU, ASt. Erfurt, AIM 2094/86, S. 72)

Diese Eigenschaften und die Tatsache, dass er hin und wieder dienstlich in das Ausland fuhr, machten ihn für die Stasi interessant:

„Die Gewinnung und Qualifizierung eines IMB²⁾ macht sich vor allem [...] aus der Sicherung der vielfältigen Kontakte des Kombimates [...] zu Konzernen und Firmen des NSW, speziell der BRD, notwendig. [...] Diese vielfältigen Kontakte [...] gilt es mit qualifizierten IM abzusichern sowie zur Erarbeitung aussagefähiger personenbezogener Informationen und Hinweise zu sichern.“
(Quelle: ebenda, S. 7)

Die Stasi testete Peter Sommerfeld, ob er sich für ihre Spionage- und Spitzelzwecke eignete. Sie ließ sich von vier Inoffiziellen Mitarbeitern Einschätzungen über den Mann geben. Sie „durchleuchtete“ seine Verwandten 1. Grades. Sie kontrollierte seine Post. Sie hörte seine Telefongespräche ab. Als sie zu der Auffassung gekommen war, dass der Reisekader ihren Anforderungen an einen Inoffiziellen Mitarbeiter wie Verschwiegenheit, Zuverlässigkeit, Ehrlichkeit und fachliche Kompetenz gerecht wird,

1) Volkspolizei

2) Inoffizieller Mitarbeiter mit Feindberührung

führte sie mit ihm mehrere Kontaktgespräche. Ziel war es, seine Bereitschaft für eine inoffizielle Zusammenarbeit zu erlangen.

Über das Ergebnis zweier Kontaktgespräche musste MfS-Hauptmann K. schließlich feststellen:

Der Kandidat hat eine ablehnende Haltung zu einer inoffiziellen Mitarbeit. Er begründet dies damit, dass er dazu nervlich nicht in der Lage ist und dass er Konsequenzen für seine Familie befürchtet.

Trotz des zweistündigen Gesprächs gelang es nicht, die Vorbehalte des Kandidaten abzubauen.

In einem weiteren Kontaktgespräch am 14. Mai 1985 brachte der Kandidat die gleichen Argumente und Vorbehalte.

Er ist nicht bereit, kontinuierlich inoffiziell mit dem MfS zusammenzuarbeiten, selbst dann nicht, wenn er daraufhin nicht mehr in das westliche Ausland reisen darf.

Er bleibt NSW-Reisekader, sowohl aus fachlichen wie auch konspirativen Gründen, muss aber weiterhin unter operativer Kontrolle gehalten werden.

Mit dem Kandidaten werden keine weiteren Gespräche geführt.

Die IM-Vorlaufakte wird archiviert.

(Quelle: ebenda, S. 99; wegen der teilweise schwer verständlichen Ausdrucksweise des MfS hier teils wörtliche, teils sinngemäße Wiedergabe des Abschlussberichtes)

Zitiert nach: Mut zum Widerstand. Materialien für den Unterricht, hrsg. vom Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien und von der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Erfurt 2002, S. 34

3. Der Weg zur deutschen Einheit

M1

Die Mauer kurz vor ihrem Fall

Erich Honecker zeigt sich noch Anfang 1989 vom Nutzen der Mauer überzeugt.

Mit dem Bau des antifaschistischen Schutzwalls im Jahre 1961 wurde die Lage in Europa stabilisiert, der Frieden gerettet. [...] Die Herren von der Springerpresse und jene, die assistieren, scheinen zu vergessen, dass es eine ständige Aufgabe der Regierung eines jeden Staates sein sollte, seine Bürger vor Ausplünderungen zu schützen. Der Handelskurs, der Umwechslungskurs 1 Mark der BRD gegen 7 Mark der DDR, ist ein Beispiel dafür. [...] [Die Mauer] wird in 50 und auch in 100 Jahren noch bestehen bleiben, wenn die dazu vorhandenen Gründe noch nicht beseitigt sind. Das ist schon erforderlich, um unsere Republik vor Räufern zu schützen, ganz zu schweigen vor denen, die gern bereit sind, Stabilität und Frieden in Europa zu stören. Die Sicherung der Grenze ist das souveräne Recht eines jeden Staates und so auch unserer DDR.

Der Physiker und Bürgerrechtler Hans Jürgen Fischbeck beschreibt im Februar 1988 die Folgen der Mauer auf Bewusstsein und Mentalität der meisten DDR-Bürger.

Mir wurde klar: Die Mauer war ja nicht nur eine harte und nun einmal hinzunehmende Einschränkung unserer Reisefreiheit [...], sondern sie hat unser Selbstverständnis, unser Lebensgefühl und unser gesellschaftliches Verhalten viel tiefer geprägt und deformiert, als ich mir bis dahin selbst eingestand. Unser Minderwertigkeitskomplex, unser ungerechtfertigter Pauschalverdruss, unsere Arme-Vettern-Mentalität gegenüber Besuchern von drüben, unsere Begehrlichkeit nach westlichen Waren, unsere Unbeholfenheit und Kommunikationsunfähigkeit gegenüber Ausländern, unsere falsche Fixierung auf die zum Ideal stilisierte liberale Konsumgesellschaft westlich der Mauer wurden mir deutlich als Symptome eines Syndroms. Als Wissenschaftler muss ich hinzufügen, was mir vorher schon klar war: Der Ausschluss der meisten Wissenschaftler vom internationalen Kommunikationsprozess [...] hat viele von ihnen um berufliche Lebenserfüllung gebracht und unserer Wissenschaft großen Schaden zugefügt.

Gisela Helwig (Hrsg.), Die letzten Jahre der DDR. Texte zum Alltagsleben, Köln 1990, S. 131 und 133

M2

Die Stunde der Bürgerbewegungen

Mit eigenen Aufrufen wenden sich zwischen August und Oktober 1989 auf Betreiben einiger Bürgerrechtler mehrere Initiativbewegungen an die Menschen in der DDR. Sie werben für ihre politischen Ziele und die Mitwirkung an einer Reform der DDR. Sie gehen dabei ein hohes Risiko ein, weil die SED keine Vereinigungen und Initiativen außerhalb ihres Machtbereiches duldet und bisher entsprechende Gruppen stets als Staatsfeinde verfolgt hat. Der erste Aufruf der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ erscheint am 12. September 1989. Die Gruppe geht später in der Partei Bündnis 90/Die Grünen auf:

Liebe Freunde, Mitbürgerinnen, Mitbürger und Mitbetroffene!

Unser Land lebt in innerem Unfrieden. Menschen reiben sich wund an den Verhältnissen, andere resignieren. Ein großer Verlust an Zustimmung zu dem, was in der DDR geschichtlich gewachsen ist, geht durch das Land. Viele vermögen ihr Hiersein kaum noch zu bejahen. Viele verlassen das Land, weil Anpassung ihre Grenzen hat.

Vor wenigen Jahren noch galt der „real existierende“ Staatssozialismus als der einzig mögliche. Seine Kennzeichen sind das Machtmonopol einer zentralistischen Staatspartei, die staatliche Verfügung über die Produktionsmittel, die staatliche Durchdringung und Uniformierung der Gesellschaft und die Entmündigung der Bürgerinnen und Bürger. Trotz seiner unbestreitbaren Leistungen für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit ist es heute offenkundig, dass die Ära des Staatssozialismus zu Ende geht. Es bedarf einer friedlichen, demokratischen Erneuerung. [...]

Der Sozialismus muss nun seine eigentliche, demokratische Gestalt finden, wenn er nicht geschichtlich verloren gehen soll. Er darf nicht verloren gehen, weil die bedrohte Menschheit auf der Suche nach überlebensfähigen Formen menschlichen Zusammenlebens Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht, deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muss.

Entgegen aller Schönfärberei sind die politischen, ökonomischen und ökologischen Krisenzeichen des Staatssozialismus auch „in den Farben der DDR“ unübersehbar. Nichts aber deutet darauf hin, dass die SED-Führung zum Umdenken bereit ist. Es scheint, als spekuliere sie auf ein Scheitern der Reformen in der Sowjetunion. Es kommt aber darauf an, die demokratische Umgestaltung mitzuvollziehen. [...]

Der Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger nach einer Demokratisierung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft kann in der DDR noch immer nicht öffentlich zur Sprache gebracht werden. Deshalb rufen wir auf zu einer Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“.

Wir wenden uns an alle, die von der Not unseres Landes betroffen sind. Wir laden alle Initiativgruppen mit ähnlichen Anliegen zum Zusammengehen ein. Wir hoffen auf ein Bündnis aller reformfreudigen Kräfte, auch von Christen und kritischen Marxisten. Lasst uns gemeinsam nachdenken über unsere Zukunft, über eine solidarische Gemeinschaft, in der

- soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenwürde für alle gewahrt sind,
- der gesellschaftliche Konsens im öffentlichen Dialog gesucht und durch den gerechten Ausgleich verschiedener Interessen verwirklicht wird,
- die verantwortliche und schöpferische Arbeit der Bürgerinnen und Bürger einen lebendigen Pluralismus unseres Gemeinwesens schafft,
- Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit den inneren Frieden sichern,

- Ökonomie und Ökologie in Einklang gebracht werden,
- Wohlstand nicht mehr auf Kosten der armen Länder vermehrt wird,
- Lebenserfüllung in Gemeinschaftlichkeit und schöpferischem Tun für das Gemeinwohl mehr als bisher gesucht und gefunden werden kann. [...]

Lassen Sie uns zusammengehen und gemeinsam die Hoffnung wieder aufrichten in unserem Land!
[...]

Bitte abschreiben und weitergeben.

Gerhard Rein (Hrsg.), Die Opposition in der DDR. Entwürfe für einen anderen Sozialismus, Berlin 1989, S. 59 ff.

M3

„Keine Träne nachweinen“

Ende September 1989 sind ca. 6 000 DDR-Flüchtlinge in der Prager Botschaft versammelt. Die DDR muss ihnen schließlich auf internationalen Druck die förmliche Ausreise gestatten. Die staatliche Nachrichtenagentur ADN kommentiert den Vorgang am 1. Oktober 1989. Den letzten Satz hat Honecker persönlich hinzugefügt.

Nun werden einige Bürger der DDR an uns mit Recht die Frage stellen, warum wir diese Leute [die Prager Botschaftsbesetzer] über die DDR in die BRD ausreisen lassen, obwohl sie grob die Gesetze der DDR verletzen. Die Regierung der DDR ließ sich davon leiten, dass jene Menschen bei Rückkehr in die DDR, selbst wenn das möglich gewesen wäre, keinen Platz mehr im normalen gesellschaftlichen Prozess gefunden hätten. Sie haben sich selbst von ihren Arbeitsstellen und von den Menschen getrennt, mit denen sie bisher zusammen lebten und arbeiteten. Bei jeder Verantwortung handelten auch Eltern gegenüber ihren Kindern, die im sozialistischen deutschen Staat wohlbehütet aufwuchsen und denen alle Kindereinrichtungen, alle Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten offenstanden. Jene Leute hätten auch Schwierigkeiten bekommen, neue Wohnungen zu erhalten, da diese natürlich für andere Bürger vorgesehen sind. Vorzugsbehandlung konnten sie in der DDR nicht erwarten. Hinzu kommt, dass sich nach bisherigen Feststellungen unter diesen Leuten Asoziale befinden, die kein Verhältnis zur Arbeit und zu normalen Wohnbedingungen haben. Sie alle haben durch ihr Verhalten die moralischen Werte mit Füßen getreten und sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt. Man sollte ihnen deshalb keine Träne nachweinen.

*Walter Süß, Ende und Aufbruch – Von der DDR zur neuen Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main
²1997, S. 87*

M4

DDR – „die größte Errungenschaft der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung“

In einer Bilanz zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR zeichnet Partei- und Staatschef Erich Honecker wenige Wochen vor seinem Sturz am 18. Oktober 1989 das offizielle Bild von der DDR, wie es jahrzehntelang in Politikerreden, in der gleichgeschalteten Presse und in Schulbüchern propagiert worden ist. Der Text erscheint in der von der SED heraus-gegebenen „Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus“:

Am 7. Oktober 1989 vollendet die Deutsche Demokratische Republik das vierte Jahrzehnt seit ihrer Gründung. Der stabile und dynamische Werdegang des ersten sozialistischen Staates der Arbeiter und Bauern auf deutschem Boden, all das, was er geleistet hat und was er heute ist, berechtigt zu der Feststellung, dass er seine historische Bewährungsprobe im Zentrum Europas bestanden hat. Mit dem Volk, durch das Volk und für das Volk wurde unter Führung der SED auf den Trümmern des Zweiten Weltkrieges ein gewaltiges Aufbauwerk vollbracht. Im Prozess revolutionärer Umgestaltungen unseres Lebens [...] veränderte sich das Dasein der Menschen wie in keiner früheren Zeit zum Guten. Frieden und Völkerfreundschaft erhielten bei uns eine zuverlässige Heimstatt. [...]

Die DDR ist die größte Errungenschaft der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung und krönte den Kampf aller progressiven Kräfte unseres Volkes, die ein Deutschland ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, ohne Imperialismus und Reaktion, ohne nationalistischen Größenwahn und aggressiven Ausdehnungsdrang, ein neues, das sozialistische Deutschland erstrebten. Dadurch, dass die Arbeiterklasse die politische Macht in ihre Hände nahm und sie im Bündnis mit den Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und den anderen Werktätigen ausübt, wurde dieses Ziel Wirklichkeit. [...] Die Existenz und Entwicklung des antifaschistischen, sozialistischen deutschen Friedensstaates DDR, daran kann heute weniger denn je ein Zweifel bestehen, ist ein Glück für die Völker, die unter den wiederholten Raubzügen des deutschen Imperialismus und Militarismus mehr als

genug gelitten haben. [...]

Indem unser Volk den Weg des Sozialismus einschlug, entschied es sich für eine Zukunft in Freiheit, Demokratie und Menschenwürde, was gleichbedeutend war mit einer konsequenten Absage an alles Reaktionäre der Vergangenheit. In unzerstörbarer Freundschaft zur Sowjetunion, fest eingefügt in die Gemeinschaft der sozialistischen Staaten, hat unsere Republik die 40 Jahre ihres Bestehens in angestrenzter Arbeit und oftmals hartem Kampf, unter weltoffenen Bedingungen mit Ergebnissen durchschritten, die sich sehen lassen können. Die DDR erlangte ihre weltweite Anerkennung und nimmt ihren gleichberechtigten Platz im internationalen Leben ein. [...]

Ihren 40. Jahrestag begeht die DDR als Staat mit einem funktionierenden, effektiven sozialistischen Gesellschaftssystem, das sich mit den in ihm verwirklichten Menschenrechten auch an den Herausforderungen der 90er-Jahre bewähren wird. Der materielle und kulturelle Lebensstandard unseres Volkes hat ein hohes Niveau erlangt, der soziale Besitzstand ist in einem Maße gewachsen, von dem man im Gründungsjahr nur träumen konnte. Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit, gleiche Bildungschancen für alle Kinder des Volkes wurden hierzulande zur Alltagserfahrung der werktätigen

Menschen, während anderswo für eine sogenannte Zwei-Drittel-Gesellschaft die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Profitmaximierung charakteristisch sind. [...] Politische Stabilität, wirtschaftliche Dynamik und soziale Geborgenheit sind oft gebrauchte Begriffe, die Charaktereigenschaften unserer Wirklichkeit erfassen. [...]

Gesicherte Realität ist das Recht auf Arbeit, die Grundlage jeder menschenwürdigen Existenz und guten Zukunftshoffnung. Bei uns gibt es kein Bildungsprivileg für einige wenige, sondern bisher ungekannte Bildungschancen für alle Kinder des Volkes.

Erich Honecker, 40 Jahre Deutsche Demokratische Republik, in: Einheit, Heft 9/10, Berlin (Ost) 1989, S. 788-797

M5

Übergriffe gegen Demonstranten in Berlin

Am Rande der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR am 7. und 8. Oktober 1989 in Berlin gehen Polizei und Sicherheitskräfte der Stasi brutal gegen Demonstranten vor. Den hier abgedruckten Bericht über ihre Festnahme schickt eine betroffene junge Frau an Bischof Forck (Berlin-Brandenburg). Kurze Zeit später ist das Ministerium für Staatssicherheit bereits im Besitz einer Kopie des Schreibens. Ein Spitzel im kirchlichen Dienst im Umfeld des Bischofs hat „zuverlässige Arbeit“ geleistet.

Als Christin wollte ich am 8. 10. 89 gegen 19 Uhr in die Gethsemanekirche gehen. Polizeisperren verhinderten das. Auch auf Umwegen in die Kirche zu gelangen, misslang. So geriet ich in der Schönhauserallee in die Menschenmenge. Während der gesamten nachfolgenden Zeit bemerkte ich keine Ausschreitungen der versammelten Menschen. Die Schönhauserallee herunter trieben Armeeangehörige, mit Helmen und Schilden ausgestattet, uns stadtauswärts. Sie schlugen mit Knüppeln. [...]

Wir rannten weiter. Plötzlich befand ich mich in folgender Situation:

Ein Autofahrer ließ sein verschlossenes Auto auf der Straße mitten unter der Hochbahn stehen. Das rief Beifall der Menge hervor. Die Bereitschaftspolizei ging gegen den Autofahrer vor. Der warf den Autoschlüssel in die Menge. Der Schlüssel fiel etwa zwei Meter von mir entfernt nieder. Jetzt versuchte die Bereitschaftspolizei ihn zu holen. Sie umzingelte die Menschenmenge. Ich sah, wie eine junge Frau geschlagen und in einen Streifenwagen gezogen wurde.

Gemeinsam mit anderen protestierten wir gegen die Gewalt. Jetzt wurden wir alle in einen LKW mit Plane verfrachtet und nach Rummelsburg gefahren. [...] Wegen Überfüllung ging es weiter nach Marzahn. Wir wurden grob aus dem Auto gezerrt und mussten uns in einer Reihe aufstellen. [...] Ich selbst kam in eine Garage, in der schon vier bis fünf Mädchen mit dem Gesicht zur Wand standen. [...] Ich musste mich völlig ausziehen. Es war sehr kalt. Ich schämte mich. Besonders kalt war es wegen des Betonfußbodens. Erschwerend kam hinzu, dass ich und einige der anderen Mädchen die Regel hatten. Darauf wurde aber keine Rücksicht genommen. [...]

[Nach einer Leibesvisitation konnte sie sich wieder ankleiden.] Wir standen noch etwa drei Stunden. Wir durften uns nicht bewegen oder sprechen. [...] Nach dieser Zeit erhielten wir Stühle. Eine Weile später mussten wir mit unseren Stühlen in eine andere Garage wechseln, in der Männer an den Wänden standen. Wir setzten uns auf unsere Stühle. Nach einigen Stunden, in denen wir kerzengerade auf den Stühlen bewegungslos zu sitzen hatten, erhielten auch die Männer Stühle. Es war auch hier sehr kalt. Wir froren und zitterten. Das Zittern wurde als unerlaubtes Bewegen ausgelegt. Man klopfte mit den Knüppeln an den Stuhl und schnauzte uns an. [...] Ich wurde etwa neun/zehn Stunden nach Festnahme verhört und erhielt dann warmen Tee und ein belegtes Brötchen. Das Verhör war korrekt. Allerdings wurden ins Protokoll die Polizei belastende Aussagen nicht aufgenommen. [...]

In einer dritten Garage erhielt ich meine restlichen Sachen zurück, wurde belehrt, mit einer Strafe von fünf bis acht Jahren bedroht, falls ich bewusst oder unbewusst in ähnlicher Situation angetroffen würde, musste Sachenempfang und Belehrung quittieren und war entlassen. Es war Montag, der 9. 10. 89 gegen 13 Uhr.

BStU, MfS HA XX/4/5345/89, Berlin, 1. November 1989

M6

Begrüßungsgeld

Eine in Chemnitz lebende Teilnehmerin an einem künstlerisch-literarischen Wettbewerb der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung zum Thema „Grenzerfahrungen“ erinnert sich:

Wir sind auf dem Weg zur Grenze, der Grenze zwischen der DDR und der BRD, der Grenze zwischen dem Sächsischen und dem Bayerischen. Auto an Auto gereiht schiebt sich der blecherne Lindwurm über den Asphalt. [...] Fast ein ganzes Volk kriecht – einem Hundertmarkschein entgegen.

Ich wünsche umzukehren, ganz im Geheimen. Angst, diese Begegnung mit der mir fremden Welt nicht verkraften zu können, schnürt mir die Kehle zu. Am Grenzübergang, bislang für mich „verbotenes Land“, klopft das Herz hörbar. Diese Passage zwischen den beiden deutschen Staaten war für mein Leben nicht vorgesehen. Oder erst in weiter Ferne, wenn das Haar schütter und grau sein würde. Unsere Personalausweise mit dem eingestempelten Visum halte ich krampfhaft in der Hand, doch der Posten vom Bundesgrenzschutz winkt uns vorbei.

Ich lese „Willkommen im Freistaat Bayern“. Meine Gefühle kann ich nicht beschreiben, nicht erklären. In die Freude mischt sich Trauer. [...] In Feilitzsch entdecke ich einen Wegweiser: „Begrüßungsgeldstelle“. Mein Unbehagen wächst. Ein geschmückter Tannenbaum gibt dem zweckentfremdeten Ratssaal in der grenznahen Gemeinde wohlige Wärme. Es ist der dritte Advent. [...]

Wir sind im Westen und wir haben Westgeld! In Rehau bleiben wir hängen. Für den Skoda ist schnell eine Lücke gefunden. Drängen, Schieben und lebhaftes Treiben beherrschen trotz des Regens die Fußgängerzone. Der Überfluss schmerzt: Juweliergeschäfte in gleißendes Licht getaucht, Wurst- und Fleischwaren in rosaroter Appetitlichkeit, Gemüse aller Jahreszeiten und Früchte, deren Namen mir teils unbekannt sind. [...]

Spät beginnt die Heimfahrt. [...] Langsam löst sich die Spannung. Ich lasse meinen Tränen freien Lauf.

Heidi Huß, Dezember 1989 oder: Das Begrüßungsgeld, in: Grenz-Erfahrungen. Ein Lesebuch, hrsg. von der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Dresden 2000, S. 140 f.

M7

„Ostalgie“ im TV

Im Jahr 2003 nimmt die Süddeutsche Zeitung in ihrer Online-Ausgabe Stellung zu den „Ost-Shows“ der Fernsehsender:

Vergangenen Sonntag im ZDF. Heute, Freitag, im MDR. Morgen auf Sat 1. Dann auf RTL und später auf Pro Sieben. Überall Osten. Überall Ostalgie.

Es ist, als gehe es auf eine geheime Verabredung zurück, als hätten sich vor Wochen alle Fernseh-Kader getroffen, in einem verspiegelten, klimatisierten Politbüro vielleicht, und dort haben sie dann entschieden, nun nach dem Kinoerfolg von Good bye, Lenin! sei die Zeit reif für eine erste Demonstration der Macht.

Beim ZDF sah das dann so aus: Die Moderatorin Andrea Kiewel, geboren in Ost-Berlin, steht im Mainzer Fernsehgarten, gerade ist ihr Publikum mit DDR-Pralinen beregnet worden, da ballt sie die rechte Faust und ruft: „Für Frieden und Sozialismus – seid bereit?“ Und 500 Zuschauer antworten: „Immer bereit!“ [...]

In den folgenden 90 Minuten reihten Frau Kiewel und Co-Moderator Marco Schreyß, geboren in Erfurt, im Minutentakt Verblichenes aneinander. Stars, die keine mehr sind. Produkte, die es nicht mehr gibt. Lieder, die keiner mehr hört. Dazu kicherten sie und fragten: „Weißt Du noch?“ Sie wussten. Nur der Westzuschauer, der wusste nicht, und es wurde ihm auch nicht erklärt, sonst hätten sich die Ostler ja nicht über ihn amüsieren können, nur weil er nicht weiß, was ein Abschnittsbevollmächtigter ist. [...]

Am Ende singen nun die Puhdys und Karat für RTL, Sat 1 sicherte sich Frank Schöbel (der Peter Kraus der DDR) und Gojko Mitic (der Winnetou des Ostens). Das ZDF musste nehmen, was übrig blieb. Und der MDR, der auch auf der Welle mitschwimmen wollte, hat wohl eine Show, die er sowieso im Programm hatte, nur schnell in Ein Kessel DDR umbenannt. [...]

So machen alle mit beim Ostfernsehen, nur die Bürgerrechtler nicht, weil nicht über Mauer, Stasi, Doping geredet wird. Dies sei eine DDR, von der die SED immer behauptet habe, dass sie so existiere, sagt Vera Lengsfeld. Rainer Eppelmann sieht eine „fürchterliche Bagatellisierung der DDR“ und Günter Nooke fragt, was das wohl für ein Geschrei gewesen wäre, wenn nicht Kati Witt eine DDR-Show, sondern Johannes Heesters eine Dritte-Reich-Show moderieren würde? Wie immer gelang es erst Manfred Stolpe, den schiefen Vergleich

wieder geradezubiegen. Es sei ein Fehler, sagte er, „auf Dauer so zu tun, als wäre die DDR nur ein finsternes KZ gewesen“.

Artikel vom 22.08.2003 in: www.sueddeutsche.de/panorama/379/371192/text/[14. 05. 2009]